

Pressemitteilung

Nr. 76/2020

Potsdam, 15. April 2020

Dortustraße 36
14467 Potsdam

Sprecher: Stephan Breiding
Telefon: 0331 – 866 4566
Mobil: 0171 – 837 5592
E-Mail: presse@mwfk.brandenburg.de
Internet: www.mwfk.brandenburg.de

Leibniz-Senat gibt grünes Licht für weitere Förderung des IGZ

Forschungsministerin Schüle gratuliert Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau in Großbeeren zu erfolgreicher Evaluation

Forschungsministerin **Manja Schüle** gratuliert dem Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) in Großbeeren (Landkreis Teltow-Fläming) zur erfolgreichen Evaluation durch den Senat der Leibniz-Gemeinschaft. *„Zuletzt war das Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau beim vom Bund geförderten Förderprogramm ‘Agrarsysteme der Zukunft’ erfolgreich, jetzt bei der Evaluation durch die Leibniz-Gemeinschaft. Mit der aktuellen Entscheidung ist nicht nur die gemeinsame Förderung von Bund und Brandenburg für die nächsten fünf Jahre gesichert – damit unterstreicht die Einrichtung auch einmal mehr ihre bundesweite Kompetenz im Feld der Agrar- und Ernährungsforschung. Und es zeigt gerade im aktuellen Wissenschaftsjahr eindrucklich: Brandenburg ist das Land der Bioökonomie und hier wird Zukunft gemacht.“*

Das **Leibniz-Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau** (IGZ) betreibt pflanzenwissenschaftliche Grundlagenforschung mit dem Ziel, die Qualität und Quantität von Produkten des Gartenbaus zu verbessern. Ziel sind nachhaltige, sichere und klimafreundliche Produktionssysteme im Gartenbau. Das IGZ hat seit der letzten Evaluierung 2016 seine Programmbereiche neu definiert. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IGZ kommen aus verschiedenen Disziplinen, wie Pflanzenphysiologie, Genetik, Mikrobiologie, Umweltwissenschaften, Ernährungswissenschaften und Sozialwissenschaften, und forschen gemeinsam an neuen Gartenbausystemen. Das Institut wird vom Bund und vom Land Brandenburg in diesem Jahr mit rund 8 Millionen Euro gefördert. Die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft werden regelmäßig von Bund und Ländern daraufhin überprüft, ob die Voraussetzungen für eine gemeinsame Förderung noch erfüllt sind.